



FRAUEN 2000

Sondertagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen
 "Frauen 2000: Gleichstellung der Geschlechter, Entwicklung
 und Frieden im 21. Jahrhundert", New York, 5. – 9. Juni 2000

Frauen und bewaffnete Konflikte

Es wird geschätzt, dass gegenwärtig fast 90% aller Kriegesopfer Zivilisten sind, in ihrer Mehrzahl Frauen und Kinder. Dies steht im Kontrast zu der Situation vor hundert Jahren, als 90% derjenigen, die bei Kriegshandlungen ihr Leben verloren, Soldaten waren.

Obwohl alle Mitglieder einer Gemeinschaft unter den Folgen bewaffneter Konflikte zu leiden haben, sind Frauen und Mädchen aufgrund ihrer gesellschaftlichen Stellung und ihres Geschlechts besonders betroffen. Häufig vergewaltigen die Gegner in Konfliktsituationen Frauen, wobei die systematische Vergewaltigung auch als Kriegstaktik eingesetzt wird. Mord, sexuelle Sklaverei, erzwungene Schwangerschaften und Sterilisationen sind andere gegen Frauen gerichtete Formen der Gewalt in bewaffneten Konflikten.

Dennoch sollten Frauen im Krieg nicht lediglich als Opfer gesehen werden. Inmitten von Chaos und Zerstörung spielen sie häufig eine Schlüsselrolle für das Überleben ihrer Familien. Sie fördern das friedliche Zusammenleben in ihren Gemeinschaften und beteiligen sich aktiv an den Friedensbewegungen vor Ort. Gleichzeitig ist es unbestreitbar, dass Frauen nicht an Friedensverhandlungen beteiligt werden.

Die Aktionsplattform, die von der Vierten Weltfrauenkonferenz 1995 in Beijing verabschiedet wurde, nennt die Auswirkungen von bewaffneten Konflikten auf Frauen als einen der zwölf entscheidenden Problembereiche, die Maßnahmen von Seiten der Regierungen und der internationalen Gemeinschaft erfordern. Sie betont auch die Notwendigkeit, Frauen an den politischen Entscheidungsprozessen zur Beilegung von Konflikten gleichberechtigt zu beteiligen.

Auf ihrer 42. Tagung hat die Kommission der Vereinten Nationen für die Rechtsstellung der Frau 1998 das Thema Frauen und bewaffnete Konflikte erörtert und weitere von den Mitgliedsstaaten und der internationalen Gemeinschaft zu

ergreifende Maßnahmen vorgeschlagen, um die Umsetzung der strategischen Ziele der Aktionsplattform in diesem Bereich zu beschleunigen. Dazu gehört auch die Einbeziehung einer geschlechtsbezogenen Perspektive in alle politischen Maßnahmen und Programme. Zu den auf dieser Tagung gefassten Beschlüssen zählen auch Aktivitäten zur Sensibilisierung der Justiz für geschlechtsspezifische Fragen sowie zur Thematisierung der besonderen Bedürfnisse und Belange von weiblichen Flüchtlingen und Vertriebenen. Darüber hinaus wird eine verstärkte Beteiligung von Frauen an Friedensmissionen und friedensschaffenden Maßnahmen, sowie an politischen Entscheidungsprozessen vor und nach Konflikten und bei der Konfliktprävention gefordert.

Internationale Maßnahmen

Seit der Konferenz von Beijing hat es auf internationaler Ebene wichtige Entwicklungen bei der Behandlung von Verbrechen gegen Frauen gegeben, die im Rahmen von bewaffneten Konflikten verübt werden:

- ◆ Vergewaltigung ist ausdrücklich als Verbrechen gegen die Menschlichkeit in die Statuten der vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen geschaffenen Kriegsverbrechertribunale zur Verfolgung der Verbrechen im ehemaligen Jugoslawien und in Ruanda aufgenommen worden. Beide Tribunale haben im Zusammenhang mit sexueller Gewalt mehrere Urteile gefällt, und das Ruanda-Tribunal hat einen Angeklagten wegen Völkermord und sexueller Gewalt verurteilt.
- ◆ Auf der regionalen Ebene haben amerikanische und europäische Menschenrechtsorgane festgestellt, dass sexuelle Gewalt und Vergewaltigung in Konfliktsituationen eine Verletzung von Menschenrechtsverträgen darstellen. Mehrere dieser Gremien haben straf- und zivilrechtliche Verfahren gegen Personen angestrengt, denen geschlechtsbezogene Gewalta-

ten gegen Frauen in Konfliktsituationen zur Last gelegt werden.

- ◆ Im Juni 1998 wurde das Internationale Statut zur Schaffung des Internationalen Strafgerichtshofes verabschiedet, der damit die Gerichtsbarkeit über Personen erhielt, die für schwerste internationale Verbrechen verantwortlich sind. Dabei wurde bei der Definition der Verbrechen, die der Rechtsprechung des Gerichts unterstehen, auch geschlechtsspezifische Belange berücksichtigt:
 - Der Tatbestand *Völkermord* schließt auch Maßnahmen ein, die darauf abzielen, Geburten in einer national, ethnisch, rassisch oder religiös begründeten Gruppe zu verhindern.
 - Unter den Tatbestand *Verbrechen gegen die Menschlichkeit* fallen auch Vergewaltigung, sexuelle Sklaverei, erzwungene Prostitution, sowie erzwungene Schwangerschaft und Sterilisation.
 - Der Tatbestand *Kriegsverbrechen* beinhaltet ebenfalls Vergewaltigung, sexuelle Sklaverei, erzwungene Prostitution, Schwangerschaft und Sterilisation sowie jede andere Form von sexueller Gewalt, die einen schwerwiegenden Verstoß gegen die Genfer Konventionen darstellt.

Frauen als Vertriebene und Flüchtlinge

Die zunehmende Anzahl bewaffneter Konflikte und der mit ihnen einhergehenden Verbrechen haben zu einem wachsenden Strom von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen geführt. Generell gilt, dass es sich bei mehr als 75% der Vertriebenen um Frauen und Kinder handelt, die in einigen Flüchtlingspopulationen sogar 90% ausmachen.

Zu den verschiedenen Arten von Misshandlungen, unter denen Frauen und Mädchen in bewaffneten Konflikten zu leiden haben, gehören Vergewaltigung, sexuelle Sklaverei und erzwungene Prostitution. Weibliche Flüchtlinge sind nicht nur auf der Flucht von Gewalt und Ausbeutung bedroht, sondern auch in ihren Asylländern und bei der Rückführung in ihre Heimat.

In Reaktion auf dieses Problem haben die internationale Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen unter anderem folgende Maßnahmen ergriffen:

- ◆ Das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) hat Richtlinien für den Schutz von weiblichen Flüchtlingen erlassen, z.B. zur Verhütung sexueller Gewalt gegen Flüchtlinge und zum Umgang mit diesem Problem.
- ◆ UNHCR hat sich dafür eingesetzt, dass weibliche Flüchtlinge durch das internationale Recht angemessen geschützt werden. Dies gilt besonders für Situationen, in denen sie geschlechtsspezifischer Verfolgung ausgesetzt sind.
- ◆ Australien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Kanada, Neuseeland und die Vereinigten Staaten gehören zu der wachsenden Zahl von Staaten, die Personen aufgrund einer geschlechtsspezifischen Verfolgung als Flüchtlinge anerkannt haben. Darunter fallen auch die Verstümmelung der weiblichen Geschlechtsorgane, Zwangsheirat und erzwungene Abtreibung, Mordanschläge zur Wiederherstellung der Familienehre und häusliche Gewalt.
- ◆ Mehrere Mitgliedstaaten haben erkannt, wie wichtig es ist, dass weibliche Flüchtlinge, vor allem diejenigen, die geschlechtsspezifischer Misshandlung ausgesetzt waren, physisch und psychisch betreut werden.

Konfliktlösung, Friedensschaffung und Friedenaufbau

Obwohl Frauen sowohl in Kriegssituationen als auch bei der Friedenssicherung unterschiedliche Funktionen wahrgenommen haben, insbesondere im medizinischen und im Verwaltungsbereich sowie in zunehmendem Maße als Wahlbeobachter, spielen sie bei offiziellen Friedensverhandlungen und den politischen Entscheidungsprozessen in Fragen von Krieg und Frieden kaum eine Rolle.

Die Rolle von Frauen bei der Konfliktlösung sowie die spezifischen Fertigkeiten und Fähigkeiten, die sie in den Entscheidungsprozess einbringen, werden jedoch zunehmend anerkannt.

- ◆ Mit dem Ziel, geschlechtsbezogene Fragestellungen in den Friedensprozess einzubringen, haben die Niederlande ein Programm ins Leben gerufen, das Israel und Palästina dazu ermuntert, im laufenden Nahost-Friedensprozess mehr Frauen in die Verhandlungsteams und in politisch einflussreiche Positionen zu berufen.

- ◆ In Afrika wurde Anfang 1997 die Initiative „First Ladies für den Frieden“ entwickelt, in deren Rahmen beispielsweise Konferenzen zu Frieden und humanitären Fragen abgehalten wurden. Die dort verabschiedeten Beschlüsse wurden anschließend den afrikanischen Staats- und Regierungschefs übergeben. Darüber hinaus haben die Organisation der Afrikanischen Einheit und die Wirtschaftskommission für Afrika 1999 einen Frauenausschuss zu Frieden und Entwicklung ins Leben gerufen.
- ◆ Belgien hat gemeinsam mit dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) ein Projekt gestartet, mit dessen Hilfe eine nicht-staatliche Frauenorganisation von Rebellen gefangengenommene Kinder aufspürt und ihre Freilassung aushandelt. Belgien hat sich auch für den Einsatz von Frauen als Vermittlerinnen in Konfliktsituationen eingesetzt und eine Initiative entwickelt, die darauf abzielt, Friedensbemühungen zwischen den Frauen, die unterschiedlichen Konfliktparteien angehören, zu fördern.
- ◆ Georgien hat einen Aktionsplan zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Frauen verabschiedet, der unter anderem einen Mechanismus vorsieht, um Frauen bei bewaffneten Konflikten aktiv in die politischen Entscheidungsprozesse und den Friedensaufbau einzu beziehen.
- ◆ Großbritannien hat Schritte unternommen, um sicherzustellen, dass Frauen am Friedensprozess in Nordirland teilhaben.
- ◆ In mehreren Staaten, darunter Großbritannien und die Vereinigten Staaten, besetzen Frauen leitende politische Ämter. Als Außenministerin oder Abteilungsleiterinnen bekleiden sie Positionen, die großen Einfluss auf Maßnahmen der Konfliktprävention und auf Friedensprozesse haben.

Die veränderte Rolle des Militärs

Traditionell sind Frauen nicht aktiver Bestandteil der Streitkräfte und in einigen Ländern wird ihnen das Recht verwehrt, Wehrdienst zu leisten. In Anerkennung des Rechtes von Frauen, in der Armee ihres Landes zu dienen, haben eine Reihe von Staaten Schritte unternommen, um den Frauenanteil in ihren Streitkräften zu erhöhen. In einigen Ländern und insbesondere auf der internationalen Ebene, verändert sich die Rolle des Militärs und wird stärker auf Konfliktprävention, Friedenssicherung und Wiederaufbau nach Kriegen und Naturkatastrophen hin ausgerichtet. Diese neuen Aufgaben von Militär und Polizei bieten mehr Raum für eine Beteiligung von Frauen. Hier einige Beispiele:

- ◆ Frauen aus mehreren UNO-Mitgliedstaaten und aus dem System der Vereinten Nationen nehmen an UNO-Friedensmissionen und an Missionen zur Wahlbeobachtung teil.
- ◆ In Dänemark haben Frauen im Militär hochrangige Positionen erreicht. Neue Gesetze ermöglichen es, dass Frauen nach denselben Bedingungen rekrutiert werden wie Männer. Darüber hinaus bemüht man sich derzeit darum, sicherzustellen, dass mehr Frauen befördert werden.
- ◆ In Israel, wo die Frauen zwar der Wehrpflicht unterliegen, der Dienst in der Armee aber nach Geschlecht differenziert ist, hat man die Zulassungsverfahren für die Luftwaffe überarbeitet, um es Frauen zu ermöglichen, an der Eingangsprüfung für die Pilotenausbildung teilzunehmen.
- ◆ Norwegen hat spezielle Quoten für die Einberufung von Frauen in die Streitkräfte geschaffen. So sollen bis zum Jahr 2005 sieben Prozent der Offiziere und Soldaten Frauen sein.
- ◆ Seit 1995 hat Australien zweimal untersucht, welche kulturellen und sozialen Barrieren eine Karriere von Frauen und ihren Verbleib in den Streitkräften behindern.

Diese Hintergrundinformation beruht auf dem Dokument „Überprüfung und Auswertung der Umsetzung der Aktionsplattform von Beijing: Bericht des Generalsekretärs“ (E/CN.6/2000/PC/2).

